

**Auszug aus dem Plenarprotokoll Nr. 19/6 des Deutschen Bundestages am
Mittwoch, den 17.01.2018 (S. 479-481)**

TOP 5: Fragestunde

Vizepräsidentin Petra Pau:

Weitere Nachfragen sehe ich nicht. Damit sind wir am Ende Ihres Geschäftsbereiches. Herzlichen Dank.

Ich rufe den Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auf. Zur Beantwortung der Fragen steht der Parlamentarische Staatssekretär Dirk Wiese zur Verfügung.

Ich rufe die Frage 19 der Kollegin Katja Keul auf:

Bleibt die Bundesregierung bei ihrer Ankündigung, die Modernisierung der türkischen Panzer durch die Rheinmetall AG zu ermöglichen, obwohl Recep Tayyip Erdogan kürzlich angekündigt hat, seine Panzer künftig auch weiter auf syrischem Territorium einzusetzen, vor allem in kurdisch bewohnten Gebieten (www.spiegel.de/politik/ausland/recep-tayyip-erdogan-tuerkei-will-militaereinsatz-in-syrien-ausweiten-a-1186925.html), und wenn ja, wie begründet die Bundesregierung diese Entscheidung?

Bitte, Herr Staatssekretär.

Dirk Wiese, Parl.Staatssekretär bei der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie: Sehr gerne. – Sehr geehrte Frau Kollegin, die Bundesregierung verfolgt eine restriktive und verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik. Über die Erteilung von Genehmigungen für Rüstungsexporte entscheidet die Bundesregierung im Einzelfall und im Lichte der jeweiligen Situation nach sorgfältiger Prüfung unter Einbeziehung außen- und sicherheitspolitischer Erwägungen. Der Beachtung der Menschenrechte wird bei Rüstungsexportentscheidungen ein besonderes Gewicht beigemessen. Die Bundesregierung folgt der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 21. Oktober 2014, Aktenzeichen 2BvE 5/11, und unterrichtet über die Eckdaten eines

genehmigten Ausfuhrvorhabens. Über laufende Verfahren erteilt die Bundesregierung grundsätzlich keine Auskunft.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Sie haben das Wort zur ersten Nachfrage.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank. – Diesen Satz habe ich schon ein paarmal gehört. Es ist aber so, dass sich Minister Gabriel zu diesem Fall geäußert hat. Als Parlamentarierin habe ich einen Anspruch darauf, nachzufragen. Minister Gabriel hat am vorletzten Samstag gesagt: Die türkische Armee soll nicht länger auf die Schutzausrüstung für ihre Panzer warten.

Gerade, was diesen konkreten Fall angeht,

– Zitat Gabriel –

werden wir in den nächsten Tagen sehr sorgfältig ...reden, und ich sage Ihnen ganz offen, mir leuchten die Argumente der Türkei ein.

Das war vorletzten Samstag. Am Sonntag schon hat Erdogan mit der Artillerie auf kurdische Stellungen schießen lassen. In der Nähe der syrischen Stadt Afrin hat die Türkei eine neue Militärintervention im Nachbarland eingeleitet. Erdogan erklärt – Zitat – : *Innerhalb der nächsten Tage sollten kurdische Einheiten aus Afrin vertrieben werden.*

Laut Medienberichten sind Panzerverbände an die syrische Grenze verlegt worden. Vor diesem Hintergrund stellt sich jetzt eindringlich die Frage, ob der Minister bei seiner Einschätzung bleibt, dass er dem Antrag der Firma Rheinmetall auf Modernisierung türkischer Panzer weiter stattgeben will.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Bitte, Herr Staatssekretär.

Dirk Wiese, Parl.Staatssekretär bei der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie:
Sehr gerne. – Exportanträge im Hinblick auf die Türkei unterliegen nach wie vor intensiven und sorgfältigen Einzelfallprüfungen.

(Katja Keul [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein!)

Die Aussagen des Bundesministers Sigmar Gabriel stehen an dieser Stelle für sich, die ich als Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums hier nicht kommentieren kann.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich bin mit dieser Antwort nicht einverstanden. Als Parlamentarierin habe ich einen Anspruch auf eine Antwort. Wenn Sie meine Frage nicht beantworten können, dann muss das jemand aus dem Auswärtigen Amt machen. Ich habe mich nicht darauf konzentriert, das Wirtschaftsministerium zu fragen. Ich frage die Bundesregierung zu einer Äußerung des Ministers.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der AfD)

Da meine Zeit läuft, meine zweite Nachfrage. Ich bleibe dabei: Sie schulden mir noch eine Antwort.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das klären wir dann an einem gegebenen Ort.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ja. – Das zweite Problem ist, dass die Amerikaner in einen Konflikt laufen, weil die Türkei die Einheiten angreift, mit denen die Amerikaner, also unsere Bündnispartner, am Boden zusammenarbeiten. Ich frage die Bundesregierung, ob sie im Gespräch mit der Türkei diesem Konflikt entgegenwirken wird.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Herr Staatssekretär.

Dirk Wiese, Parl.Staatssekretär bei der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie:
Ich verweise noch einmal auf die Grundaussagen, die ich am Anfang gemacht habe, nämlich darauf, dass die Bundesregierung eine restriktive und verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik betreibt und die Entscheidung über Genehmigungen für Rüstungsexporte jeweils nach Einzelfallprüfung stattfindet. Die Aussagen des Bundesministers des Auswärtigen stehen an dieser Stelle für sich; ich kann sie als Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums nicht kommentieren.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Gut. – Der Ort, um zu klären, inwiefern die Fragen, die eingereicht wurden, zur Beantwortung an das richtige Ressort gegeben werden, sollte gleich morgen der Ältestenrat sein. Das gilt auch für die Beschwerden, die die aus Sicht der fragenden Abgeordneten ungenügende Beantwortung betreffen. Wir werden das also an anderer Stelle entsprechend klären.

Es gibt zwei weitere Nachfragen. – Bitte schön, Frau Polat.

Filiz Polat (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Frau Präsidentin Pau. – Eine konkrete Nachfrage: Wie hat die Einzelfallprüfung in diesem konkreten Fall ausgesehen, und welches Ergebnis hatte sie?

Dirk Wiese, Parl.Staatssekretär bei der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie:

Über die Erteilung von Genehmigungen für Rüstungsexporte – das habe ich vorhin bereits ausgeführt und möchte ich noch einmal betonen – entscheidet die Bundesregierung im Einzelfall. Über laufende Verfahren – ich habe auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 21. Oktober 2014 verwiesen – erteilt die Bundesregierung grundsätzlich keine Auskunft.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Kekeritz, Sie haben das Wort zu einer Nachfrage.

Uwe Kekeritz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich melde mich als Parlamentarier, und auch ich vertrete die Meinung, dass wir hier einen Anspruch auf Antworten haben. Darum möchte ich die Frage, die Katja Keul gerade gestellt hat, nicht von dem Herrn aus dem Wirtschaftsministerium beantwortet haben, sondern ich bitte Sie, Frau Präsidentin, diese Frage an die Vertreter des Außenministeriums weiterzuleiten.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg.Gökay Akbulut [DIE LINKE])

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Kekeritz, wenn ich wahrgenommen hätte, dass die Bundesregierung bereit ist, einen Vertreter des Außenministeriums oder gar des Bundeskanzleramtes hier antworten zu lassen, hätte ich es aufgerufen. Wir haben die Regelung – man kann „leider“ sagen oder nicht; das sieht die Geschäftsordnung so vor –, dass die Bundesregierung jeweils entscheidet, wer antwortet. Deshalb auch mein Verweis auf den Ältestenrat.

Sollte es inzwischen hier auf der Regierungsbank eine Meinungsbildung gegeben haben, die zu neuen Antwortangeboten führt, bin ich natürlich sofort bereit, einem Vertreter der Bundesregierung das Wort zu geben, um eine solche Beantwortung zu ermöglichen. – Ich sehe da aber weder aus dem Auswärtigen Amt noch aus dem Bundeskanzleramt jemanden. – Doch. Bitte, Herr Staatsminister.

Dr. Helge Braun, Staatsminister bei der Bundeskanzlerin:

Frau Präsidentin, ich will einfach darauf hinweisen, dass gängige Praxis und auch Reglement innerhalb der Bundesregierung ist, dass wir als Bundesregierung hier

in der Regierungsbefragung die Haltung der Bundesregierung insgesamt darstellen. Insofern erübrigt es sich, Vertreter verschiedener Ressorts zu befragen; denn Sie als Abgeordnete haben einen Anspruch darauf, die Haltung der Bundesregierung kennenzulernen. Wenn Vertreter der Bundesregierung in anderen Funktionen – zum Beispiel als Funktionäre ihrer Partei oder in anderen Ämtern, die sie innehaben – andere Meinungen kundtun wollen, steht ihnen das immer frei. Aber entscheidend ist, dass Sie hier keine Meinungen einzelner Ressorts oder einzelner Staatssekretäre zur Kenntnis gegeben bekommen, sondern die abgestimmte Haltung der Bundesregierung.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welche Haltung denn?)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Gut. – Ich habe die Meldung gesehen. Sie können keine Nachfrage mehr stellen, Frau Kollegin Polat; denn nach unseren Regeln haben Sie nur die Möglichkeit, eine Nachfrage zu einer Frage, die ein anderer Kollege gestellt hat, zu stellen. – Es gibt aber noch eine andere Nachfrage. Insofern ist der Parlamentarische Staatssekretär Dirk Wiese noch nicht von der Beantwortung dieser Frage entlassen.

Ich weise aber nochmals darauf hin, dass der Ort, nicht nur um die Beschwerde zu behandeln, sondern um gegebenenfalls mit Blick auf die folgenden Sitzungen die Bundesregierung vielleicht dazu zu veranlassen, bei Eingang solcher Fragen unter aktuellen Gesichtspunkten zu prüfen, welches Ressort für die Beantwortung zuständig ist, der Ältestenrat ist. Hier haben wir morgen um 14 Uhr die Gelegenheit, darüber zu diskutieren. Ich gehe fest davon aus, dass die Parlamentarischen Geschäftsführer das entsprechend vorbringen und wir dann mit den Vertretern der Bundesregierung, namentlich wahrscheinlich mit dem Herrn Staatsminister, dazu nicht nur in einen Meinungsaustausch treten, sondern dafür sorgen, dass das Folgen für die nächsten Sitzungen hat.

Jetzt hat der Kollege Mohrs das Wort zu einer Nachfrage.

Falko Mohrs (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Staatssekretär, mich interessiert, inwieweit die Bundesregierung in der letzten Wahlperiode verstärkt für mehr Transparenz und für die Rechte des Parlaments tätig geworden ist. Das macht vielleicht das eine oder andere auch klarer – vor dem Hintergrund, dass hier etwas als unzureichend kritisiert wurde. – Vielen Dank.

Dirk Wiese, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie:

Sehr geehrter Herr Kollege, vielen Dank für Ihre Nachfrage. – Ich kann betonen, dass die Bundesrepublik Deutschland mittlerweile das restriktivste Rüstungsexportkontrollsystem in ihrer Geschichte hat. Wir gehen dabei – das will ich betonen – nicht von einer wirtschaftspolitischen, sondern von einer außen- und sicherheitspolitischen Maxime aus.

Ich möchte zu Fragen der Transparenz betonen: Wir geben dem Bundestag und der Öffentlichkeit mit den Rüstungsexportberichten zweimal pro Jahr ein umfassendes Bild über die deutsche Rüstungsexportpolitik. Zudem informieren wir den Bundestag über Entscheidungen des Bundessicherheitsrates.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war jetzt peinlich!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Zu einer weiteren und aus meiner Sicht letzten Nachfrage zu dieser Frage hat der Kollege Holtz das Wort.

Ottmar von Holtz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Staatssekretär, Sie sagen, Sie können zu laufenden Verfahren keine Auskünfte erteilen. Ich möchte Sie fragen, wann Sie mit dem Abschluss des Verfahrens rechnen.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weiß er nicht!)

Dirk Wiese, Parl.Staatssekretär bei der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie:

Wie ich bereits ausgeführt habe, gibt die Bundesregierung zu laufenden Verfahren grundsätzlich keine Auskunft.

(Uwe Kekeritz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war ja auch nicht die Frage!)